

30. Juni 2010

Antrag

der Mitglieder der Bezirksversammlung
Lars Kocherscheid, Thomas Ritzenhoff, Michael Ludwig-Kircher,
Evamarie Rake, Ortwin Schuchardt, Hans-Joachim Klier (SPD) und Fraktion

Die Entwicklung des Rahlstedter Bahnhofsareals beschleunigen

Rahlstedt, bevölkerungsreichster Stadtteil in Hamburg, hat sich vor einigen Jahren auf den Weg gemacht, seinen Ortskern attraktiver und moderner zu gestalten. Ein städtebaulicher Rahmenplan wurde erstellt, der private Betreiber des ehemaligen Rahlstedt-Center konnte für eine Modernisierung seines Hauses gewonnen werden. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Initiativen vor Ort. Auf den Weg gemacht hat sich Rahlstedt vor geraumer Zeit auch bezüglich einer neuen Nutzung des von der Bahn geschlossenen Bahnhofsgebäudes. Bezüglich dieser Etappe ist Rahlstedt jedoch nach wie vor auf dem Weg – auf dem Weg zu einem ungewissen Ziel.

Fest steht, dass die Bahnhofsgebäude über kurz oder lang abgerissen werden müssen, um Platz zu machen für den Bau der S-Bahn nach Ahrensburg (S 4). Dieses Projekt ist in letzter Zeit greifbarer geworden, als je zuvor. Verkauft werden soll deshalb von der DB AG auch nicht das gesamte Bahnhofsgrundstück, sondern nur der für die Bahn entbehrliche Teil, der für sich genommen jedoch nicht sinnvoll bebaubar ist. Dieses heißt in unseren Augen, dass sich die Bebauung nicht allein auf das zum Verkauf stehende Bahngrundstück beschränken darf, sondern Flächen um Umfeld mit einbeziehen muss. Die Neubebauung bietet die Chance, dem Helmut-Steidl-Platz „Kanten“ zu geben und ihn so erst richtig als Platz erlebbar zu machen. **Eine mögliche (Teil-)Nutzung des Neubaus für stadtteilkulturelle Zwecke würde dieses Anliegen unterstützen. In diesem Zusammenhang steht der Pavillon (Eis-Café Dante) auf dem Platz nicht zur Disposition, sondern muss mit der Neubebauung harmonisch zusammenwirken.**

Da durch eine Neubebauung öffentlicher Raum verloren geht, stellt sich die Frage nach der Zukunft der so genannten Bahnhofsumfahrt. Hier wären in einem solchen Fall rechtzeitig Alternativen zu entwickeln und öffentlich zu diskutieren. Ohnehin zieht die Neubebauung am Bahnhof Fragen der Gestaltung nicht nur des Bahnhofsvorplatzes, sondern auch der Fußgängerzone Bahnhofstraße insgesamt nach sich. Rahlstedt braucht für diesen Bereich endlich eine Planung aus einem Guss, wobei der Wochenmarkt als Markenzeichen Rahlstedts dauerhaft in der Bahnhofstraße verbleiben muss. Die Neubebauung am Bahnhof ist von großer Bedeutung für den Stadtteil. **Eine Beteiligung der Öffentlichkeit und die Veröffentlichung der vorliegenden Entwürfe sind in unseren Augen daher unabdingbar.**

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Die Bezirksversammlung Wandsbek spricht sich mit Nachdruck für eine Überplanung der Entwicklungsfläche Bahnhof Rahlstedt aus, die unter Einbeziehung derzeit noch öffentlichen Raumes über die bislang als Bahnhofsgebäude genutzte Fläche hinausgeht. Ziel soll hierbei eine mehrgeschossige, urbane Bebauung mit Einzelhandelsflächen zumindest im Erdgeschoss sein, die der Ortskernlage gerecht

wird. **Geprüft werden soll hierbei auch, inwiefern sich die Neubebauung auch für eine stadtteilkulturelle Nutzung eignet.**

2. Das Bezirksamt entwickelt und prüft verschiedene Alternativen für eine Neuordnung der öffentlichen Flächen und der Verkehrsführung im Bereich des Rahlstedter Bahnhofs und des Helmut-Steidl-Platzes. Hierbei sollen sowohl der Verzicht als auch die Verlegung der direkten Verkehrsverbindung zwischen dem Schrankenweg und der Amtsstraße im Bereich der ZOB-Umfahrung geprüft werden. Weiter soll ermittelt werden, welche öffentlichen Flächen seitens des Bezirksamtes unter welchen Umständen an einen Investor veräußert werden können, um eine attraktive Bebauung des Bahnhofsareals in angemessener Größe zu ermöglichen.
3. Die Bezirksamtsleitung lädt die Deutsche Bahn AG zu einem Gespräch mit den Fraktionen und der Verwaltung ein, um gemeinsam den Sachstand bezüglich des Bahnhofsareals in Rahlstedt zu erörtern und das weitere Vorgehen abzustimmen. **Unabhängig vom gewählten Genehmigungsverfahren fordern wir deshalb eine Beteiligung der Öffentlichkeit und die Veröffentlichung der vorliegenden Entwürfe.**